

**Christoph Helm, Staatssekretär im Ministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg:
Dankesrede anlässlich der Verleihung der Winckelmann-Medaille 2001
– "Kulturpolitik in den neuen Ländern"**

Ich danke Ihnen für die hohe Ehre der Auszeichnung mit der Winckelmann-Medaille 2001. Winckelmanns Wirken galt der Wiederentdeckung der Antike. Die Antike war im Verlauf ihrer vielfältigen historischen Ausprägungen sowohl von starken Zentralstaaten als auch von starken Kommunen geprägt. In Erinnerung ist uns heute die von Winckelmanns Auffassungen geprägte Antike natürlich vor allem mit ihren künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen. Für viele von Winckelmanns Zeitgenossen jedoch stellten die Polis als Ort der klassischen Ausbildung vieler Lebensbereiche ebenso wie Rom als Zentralstaat ein interessantes Gegenbild zum eigenen Staat, dem ehrwürdigen, aber völlig machtlosen "Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" dar.

Diesem differenzierten Vermächtnis weiß sich unsere Winckelmannsgesellschaft verpflichtet und versucht, mit Forschung und Lehre und vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten über die Landesgrenzen hinweg die antiken Traditionslinien im Alltagsbewusstsein lebendig zu bewahren.

Ich habe in den vergangenen Jahren Gelegenheit gehabt, Kultur, Kunst und Künstler in zwei neuen Bundesländern – Sachsen-Anhalt und Brandenburg – genauer kennen zu lernen. Ich will daher versuchen zu beschreiben, wie sich in den neuen Ländern der Kulturbereich seit der Wende entwickelt hat und vor welchen Herausforderungen wir stehen. Die möglichen Antworten sind meines Erachtens auch für unsere Gesellschaft interessant.

Zum Ende des Preußenjahres, das wir in Berlin und Brandenburg mit vielfältigen Veranstaltungen begehen, beginne ich mit der Erinnerung an einen preußischen Wahlspruch. Am Voraabend der Krönung Friedrich I. zum König in Preußen, also am 17. Januar 1701, wurde der Hohe Orden vom Schwarzen Adler gestiftet. Die Devise des Ordens lautet: "*suum cuique*", "Jedem das Seine". Wie wir wissen, prägte dieses Motto später auch den Eingang in das Konzentrationslager Buchenwald. Die Nationalsozialisten pervertierten bewusst seine Aussage, die als ein wesentliches Teilstück der griechisch-römischen Definition der Gerechtigkeit anzusehen ist.

Bei Cicero heißt es: "*Die Gerechtigkeit erkennt man daran, dass sie jedem das Seine zuerteilt*". Kern der Gerechtigkeitsdefinition Ciceros ist die Aussage, dass sich Gerechtigkeit nur über ein individuelles Maß herstellt. Übersetzt in die Sprache der vielgescholtenen Kultusministerkonferenz heißt das, dass die "Königsteiner Schlüssel" das Maß der Gerechtigkeit darstellen.

Mit "*suum cuique*" befinden wir uns unmittelbar in der aktuellen kulturpolitischen Debatte, zu der uns einige der sogenannten Preußischen Tugenden geführt haben: Sparsamkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortung. In bezug auf die Kulturpolitik lassen sich anhand Ciceros Gerechtigkeitsdefinition eine Reihe sehr aktueller Fragen stellen: Wie viel Kunst und Kultur brauchen wir – zuhause, in den Kommunen, in den Ländern, in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Europa und der Welt? Welche Form von Kunst und Kultur ist uns jeweils angemessen? Was ist daran Aufgabe des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürger? Welches Maß an Leistung, Gegenleistung und Unterstützung ist uns und ihnen jeweils gerecht zuzuordnen und abzuverlangen?

Bevor wir die Fragen der Gerechtigkeit in der Subsidiarität und beim Föderalismus diskutieren, ein kleiner Ausflug in die brandenburgische Kulturpolitik, der sicher die eine oder andere Anregung in unser Gespräch einbringen wird.

Zur Einstimmung einige *Besonderheiten der brandenburgischen Kulturlandschaft*:

- In Brandenburg und Berlin befindet sich die Stiftung *Preußische Schlösser und Gärten*, mit dem Park Sanssouci und seinen Königsschlössern als bekanntestem Standort. Die zweite bedeutende Kulturstiftung, die *Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*, betreut u.a. die Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück.
- Im ländlichen Brandenburg finden Sie herausragende *Industriedenkmale*: in der Stadt Brandenburg den letzten Siemens-Martin-Ofen Westeuropas oder in Rüdersdorf die letzten Kammeröfen und 18 Rumford-Kalkbrennöfen aus dem 19. Jh.
- Die auch vom Bund unterstützte Kammeroper und die Landes- und Bundesmusikakademie laden zum Besuch im *Schloss Rheinsberg* ein. Rheinsberg erinnert einerseits an Friedrich den Großen und seinen Bruder Heinrich, andererseits an Kurt Tucholsky. 1912 publizierte er noch als Student seine erste romantische Reise-Erzählung: "Rheinsberg. Ein Bilderbuch für Verliebte."
- In der *Kleiststadt Frankfurt/Oder* finden Sie das Museum für den großen Sohn der Stadt.
- Das *Filmmuseum* im 1685 gebauten Marstall haben Sie sicherlich schon gesehen – oder zumindest die Watzmann-Skulptur zur aktuellen Bergfilm-Ausstellung. Diese Landeseinrichtung erinnert an die wechselvolle Filmgeschichte in Potsdam-Babelsberg, die 1912 begann.
- In *Cottbus* finden Sie neben dem Staatstheater auch den bezaubernden Park und das Schloss *Branitz* – eine eigenwillige Schöpfung des Fürsten Pückler. Das "Serbski muzej", das *Wendische Museum*, erinnert in dieser Stadt an die Geschichte, Sprache und Kultur der in der Lausitz seit 1500 Jahren ansässigen Sorben bzw. Wenden. An der Förderung der Kultur dieser in Brandenburg und Sachsen ansässigen nationalen Minderheit beteiligt sich neben den beiden Ländern auch der Bund.
- Im Niederen Fläming, befindet sich das Künstlerhaus *Schloss Wiepersdorf*. Von hier aus schrieb Bettina von Arnim 1849 an ihre Schwester Gunda von Savigny: "Diese treffliche Einsamkeit macht mich glücklich". Die Stiftung Kulturfonds betreibt dort eines der größten europäischen Künstlerhäuser mit Stipendiaten aus Deutschland, West- und Osteuropa und den USA. Heute ist das Schloss nicht mehr ganz so einsam, aber immer noch romantisch.
- Schließlich ist da das Fontane-Archiv als wissenschaftliche Einrichtung des Landes Brandenburg. Es stellt für die gesamte Region Berlin-Brandenburg eine der weit über die Landesgrenzen hinweg wahrgenommenen Gedächtnisinstitutionen dar.

Diese Übersicht ließe sich noch weiter fortsetzen. Da ist zum Beispiel die lange gemeinsame Grenze Brandenburgs mit Polen und der durchaus rege und selbstverständlich verlaufende kulturelle Austausch auf kommunaler Ebene. Dennoch fehlt häufig noch das Gefühl, in einer gemeinsamen europäischen Region zu leben. Wenn wir über die wissenschaftlichen wie

kulturellen Aktivitäten dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit weiter verbreiten und festigen, ist das eine gute Vorbereitung auf den Beitritt Polens zur EU.

Brandenburg hat – so wie alle anderen Bundesländer auch – seine Besonderheiten. Aber es lassen sich auch *Gemeinsamkeiten* feststellen, vor allem mit den neuen Ländern. Dazu ein paar Anmerkungen:

1. In den vergangenen 10 Jahren wurde die Verfasstheit des kulturellen und künstlerischen Bereiches völlig umgebaut. Die *Transformation* des staatlichen, betrieblichen, gesellschaftlichen und privaten *Kultur- und Kunstbereiches* der DDR in die Verhältnisse der Bundesrepublik ist bis heute im großen und ganzen erfolgreich verlaufen. Dazu trug der Einigungsvertrag mit der dort fixierten Aufgabe der Verhinderung eines Substanzverlustes und der Entwicklung einer modernen kulturellen Infrastruktur wesentlich mit bei. Er erlaubte die große Hilfe des Bundes und die Solidarität der alten Bundesländer, ohne dass dies als Eingriff in kulturelle Kompetenzen gehandhabt oder verstanden wurde.
2. Es hat sich in Brandenburg ein *breites bürgerschaftliches Engagement* auch für Kultur herausgebildet. Große Teile der lebendigen kulturellen Substanz werden durch Vereine getragen und Eigentümer von Denkmalen mühen sich um die sachgerechte Sanierung. Die Kommunen unterhalten kulturelle Einrichtungen und fördern Projekte entsprechend der Willensbildung vor Ort. Auch dies war vor 10 Jahren nicht selbstverständlich. Als Besonderheit gegenüber den alten Bundesländern muss zumindest aus Brandenburg darauf hingewiesen werden, dass hier die Landkreise eine ausgesprochen wichtige kulturelle Rolle spielen. Sie unterhalten regelmäßig Kreisergänzungsbibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Kulturhäuser und Musikschulen. Dies sichert im dünn besiedelten Flächenland Brandenburg – wir haben 86 Einwohner pro km² – den Zugang der Bürger zu kulturellen Standardangeboten.
3. Die nachholende Modernisierung auch im Kulturbereich hat jedoch dazu geführt, dass die ungelösten Probleme aus der alten Bundesrepublik gleich mit übertragen wurden. Es ist kein ostdeutsches Phänomen, dass über die Finanzierbarkeit gerade der großen und personalintensiven – also teuren – Kultureinrichtungen gestritten wird und Wege gesucht werden, die Verwaltung und das Haushaltsrecht zu flexibilisieren. Nur, in Ostdeutschland ist diese Diskussion heftiger, oft existenzieller, und oft muss gehandelt werden, bevor ein praktikabler Konsens besteht. Dies liegt wesentlich an der prekären Haushaltslage in den Kommunen und beim Land. Und die wird in erster Linie durch die wirtschaftliche Situation bestimmt. Der Vorsitzende der sächsischen CDU hat kürzlich in einem Interview auf etwas Entscheidendes hingewiesen: bei der Diskussion um eine drohende Rezession werde übersehen, dass Ostdeutschland sich in ihr bereits seit einiger Zeit befindet.
4. Investitionen in die kulturelle Infrastruktur standen in den vergangenen Jahren fraglos im Mittelpunkt der Förderungen von Bund und Ländern. Dies begann bereits mit den kulturellen Sonderprogrammen des Bundes 1991. In Brandenburg haben wir uns zusätzlich den Einsatz von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung erschlossen. Gleichwohl haben diese Initiativen im derzeitigen Zeitrahmen noch nicht dazu geführt, einen Modernisierungsstand im Verhältnis zu den alten Bundeslän-

dern zu erreichen, der etwa dem der Lohnzahlungen im Osten entspricht – also 80 bis 90 Prozent. Bei Denkmälern konnten vielleicht 60 Prozent gesichert werden, bei kulturellen Einrichtungen liegen wir deutlich darunter.

Die Kommunen in Brandenburg übernehmen unzählige freiwillige finanzielle Leistungen in der Kultur. Dafür ist das Land dankbar. Im Bereich der Investitionen je doch fallen ihnen aufgrund ihrer Haushaltslage hinreichende Förderungen, Finanzierungen oder auch die Eigenbeteiligung an Förderungen des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union sehr schwer. Diese Finanzschwäche auszugleichen, reicht die Kraft des Landes nicht aus.

5. Ich hatte eingangs darauf hingewiesen: Die kulturelle Substanz konnte größtenteils durch raue Zeiten der Umgestaltung gerettet werden, vieles ist zudem neu entstanden. Die große – auch ein wenig aufregende – Dynamik in diesen Prozessen ist mittlerweile einem zähen und kleinteiligen Kampf um die Sicherung der notwendigen Betriebskosten gewichen. Die kulturpolitische Frage lautet: *Wie stabilisieren wir das Erreichte, wenn der wirtschaftliche Aufschwung – also auch auskömmliche Fördermöglichkeiten der öffentlichen Hand – auf sich warten lassen?*

Ich denke, wir werden viele verschiedene kleine Schritte unternehmen müssen. Dazu zählen für mich vor allem zwei Dinge:

- 1) die Stabilisierung und Erhöhung der Einnahmen und
- 2) die Senkung der Kosten in Verbindung mit Effizienzsteigerungen.

zu 1) Die Stabilisierung und Erhöhung der Einnahmen sind in den neuen Ländern durch die geringeren Einkommen nur in engen Grenzen über höhere Eintrittspreise möglich. Es kommt daher mehr darauf an, die Qualität der Angebote zu sichern und zu verbessern. Vielleicht gelingt es auch, mehr Sponsoren zu gewinnen und Modelle der Public-Private-Partnership auszubauen. Die Modernisierung des Stiftungsrechtes kann hier gleichfalls Bedeutung erlangen.

zu 2) Eine Senkung der Kosten sowie Effizienzsteigerungen können in vielen Fällen nur mit erheblichen Investitionen zu nennenswerten Effekten führen. Ich habe aber eben dargestellt, wie begrenzt da unsere Möglichkeiten sind. Zu dem müssen dazu in vielen Kulturbereichen zunächst einmal die Qualifikationen der Mitarbeiter verbessert werden, durch Weiterbildung in Management, Betriebswirtschaft und auch Öffentlichkeitsarbeit. Die in der Öffentlichkeit geführte Debatte um die Bedeutung der Ressource Qualifikation für die ökonomische Entwicklung in Deutschland gilt gleichermaßen für den Kulturbereich.

6. Eine kulturpolitische Herausforderung ersten Ranges wird der Umgang mit der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg und in den anderen Neuen Ländern sein. In den kommenden 10, vielleicht auch 15 Jahren werden sich verschiedene Einschnitte in die Reproduktion der Bevölkerung überlagern:
 - kriegsbedingte Verluste, die in der Abfolge der Generationen weitergegeben werden,
 - der "Pillenknick"
 - die sich erst jetzt langsam wieder abschwächende "Gebärverweigerung" jun-

- ger Paare in den Neuen Ländern nach dem Beitritt zur Bundesrepublik
- die seit 11 Jahren anhaltende Wirtschaftsmigration in Richtung Westen, also die Abwanderung gerade der jungen, gut qualifizierten Erwachsenen dahin, wo sie Arbeit finden.

Wir müssen uns in Brandenburg darauf einrichten, dass diese Entwicklung außer im Speckgürtel um Berlin die Bevölkerung um ca. 30 Prozent vermindert und dass sich ihre Alterszusammensetzung gravierend zu Gunsten der Senioren verschiebt.

Die möglichen Folgen will ich nur kurz umreißen:

- Weiteres Schrumpfen der kommunalen Haushalte
- Stärkere Belastung durch Schulden als Folge geringerer Einnahmen
- Einsatz der vorhandenen Mittel überwiegend für Abriss oder "Rückbau", kaum für Neues
- Löcher im Netz der kulturellen, sozialen oder jugendbezogenen Infrastruktur.

Wir können dieser Entwicklung sinnvoll überhaupt nur ressortübergreifend begegnen. Dieses kleine Wort impliziert – ernst genommen – eine erhebliche Veränderung der kulturpolitischen Ziele. Kunst und Kultur werden in ihrer utilitaristischen Dimension an Bedeutung gewinnen und ihre Nützlichkeit für andere Politikbereiche neu beweisen müssen. Das gilt aber auch umgekehrt.

Ein Stück weit in diese Richtung hat sich die Kulturpolitik in Brandenburg bereits entwickelt. Wir arbeiten an verschiedenen Stellen eng vor allem mit dem Wirtschafts- und Arbeitsressort und dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung zusammen und verwenden mit ihnen abgestimmt im beiderseitigen Interesse Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Kultur gewinnt als weicher Standortfaktor in einer EU der Regionen und als harter Standortfaktor in einer globalisierten Welt an Bedeutung. Tourismus ist der Notnagel der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern. Und der wird nur hinreichend zu entwickeln sein, wenn alle Ressourcen erschlossen werden: Neben Natur, Wellness und Sport auch kulturelle Angebote, Kunst, Tradition und das kulturgeschichtliche Erbe. Viel zu selten noch werden außerdem die Entwicklungschancen zwischen Kunst und Wirtschaft gesehen und ihre Entfaltung unterstützt. Wir brauchen nicht nur eine Professionalisierung der Kulturangebote. Wir brauchen auch Labels, Verlage, Studios und die ganze Distributionswirtschaft, um die Ressource Kultur auf den Markt zu bringen und "Brot für die Kultur" zu schaffen.

7. Als letzten Punkt möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns in Brandenburg noch stärker um die Herstellung von *Weltoffenheit* bemühen müssen, denn dies ist gerade in einem Flächenland nicht selbstverständlich. Es ist etwas anderes, ob die Welt sich durch Produkte aus dem Supermarkt und den Medien erschließt, oder ob es einen lebendigen Austausch der Kulturen gibt, wie in den Großstädten. Seit dem 11. September findet jedoch eine intensive globale Auseinandersetzung statt, in der es darum geht, wie sich die Welt zukünftig entwickeln soll und wird. Schlagwortartig zusammengefasst geht es

um "Tradition kontra Moderne", oder auch "Bekommt die Moderne ihre Nebenwirkungen in den Griff?" Diese Debatte geht in ihrer Tendenz teilweise durchaus gegen Weltoffenheit. Viele sprechen nicht nur der notwendigen Absicherung, sondern auch einer Abschottung das Wort.

Für mich jedoch zählt zu den notwendigen Sicherungsmaßnahmen der westlichen Welt auch die Erhaltung der Freiheit der Kunst und die Gewährung von günstigen Rahmenbedingungen für kulturelle Entfaltung. Das selbstbewusste, kritikfähige, global denkende und eigenständig handelnde Individuum ist der Kern unserer modernen westlichen Zivilisation. Wie sonst als durch Kultur kann es sich entwickeln?

Die Entwicklungen, die ich soeben skizziert habe, betreffen aus meiner Sicht nicht nur Brandenburg, sondern alle neuen Länder. Aus diesen Entwicklungen ziehe ich zwei *Schlussfolgerungen*:

1.

Wenn meine Diagnose richtig ist, benötigen Kunst und Kultur in den neuen Ländern erneut konzertiertes Handeln. Dieses betreffe

- notwendige Investitionen in die Kultureinrichtungen und in die Förderungen beim Denkmalschutz und
- die Stabilisierung der laufenden Einnahmen.

Investitionen und Einnahmestabilisierung sind unerlässlich, wenn Kunst und Kultur auch als Ressource genutzt werden sollen: in der kulturellen Bildung, an Schulen, beim Tourismus, bei der Wirtschaftsentwicklung.

2.

Mein zweiter Punkt betrifft die Diskussion um die *Aufgaben der Länder und des Bundes in der Kulturförderung*.

Kultur ist in der Bundesrepublik föderal und subsidiär verfasst. Das Grundgesetz sichert der Kunst die Freiheit und den Kommunen die kulturelle Selbstverwaltung. Die Bundesländer begründen ihre Kulturhoheit mit dem Recht der Ausgestaltung der Bereiche Bildung, Wissenschaft und Kultur. Der Bund engagiert sich vorrangig dann, wenn es um die internationale Präsenz deutscher Kultur geht und unterstützt die Pflege national bedeutsamer Kulturgüter. Dies ist der Status quo und er steht außer Frage.

Gleichwohl löste die Bündelung der kulturellen Kompetenzen des Bundes in der Institution eines Beauftragten für Kultur und Medien eine sehr heftige Kontroverse aus, zwischen den Ländern und dem Bund ebenso wie zwischen den einzelnen Ländern. Die Diskussion drehte sich dabei um Ciceros "*Die Gerechtigkeit erkennt man daran, dass sie jedem das Seine zuerteilt*", also: was ist das dem Bund zuerkannte gerechte und gerechtfertigte Maß, was ist Aufgabe der Länder und was gehört alleine in die Kompetenz der Bürger und ihrer Kommunen. Seitdem flammt diese Diskussion immer wieder auf, bei der Einrichtung eines Internet-Portals zu Kultur in Deutschland wie bei der Frage einer Nationalstiftung für Kultur.

Eine Diskussion im Lichte von Ciceros Frage ist nützlich und notwendig und soll geführt werden. Und ich glaube, jeder Kulturpolitiker kennt ihre Fortsetzung im ähnlich konstruierten Gespräch zwischen den Kommunen, den freien Trägern und den Landesregierungen.

Wichtig ist jedoch, inwieweit die jeweiligen kulturpolitischen Diskussionen die realen Handlungen, die tatsächlichen Zustände und die drängenden Probleme in Kunst und Kultur widerspiegeln.

Zur Realität gehört, dass der Bund spätestens mit dem *Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands* die Verpflichtung auferlegt bekam, seinen Anteil zum Substanzerhalt und zur Entwicklung der kulturellen Infrastruktur zu leisten. Dieser Vertrag ist nach wie vor gültig. Es ist die Erfahrung in den Neuen Bundesländern, dass der Bund diese Aufgabe maßvoll, kooperativ und sachlich ausgefüllt hat und dies auch gegenwärtig mit dem Leuchtturmprogramm und den Programmen zur Kultur in den Neuen Ländern und zur Denkmalpflege tut. Realität ist für mich ferner, dass der Bund sich an der Finanzierung national bedeutsamer Kultureinrichtungen in Brandenburg zuverlässig beteiligt. Und dies war schon Praxis bei entsprechenden Einrichtungen in den alten Ländern, lange, bevor die Neuen hinzukamen. Aber auch das ist Realität: Das Land Brandenburg engagiert sich – wenn auch in einem vergleichsweise bescheidenen Umfang – beim internationalen Kulturaustausch. Wäre dies nach der oft debattierten "reinen Lehre" nicht alleinige Aufgabe des Bundes?

Ich halte die abstrakte Diskussion über Abgrenzungen nicht für produktiv. Ich halte sie sogar für ein wenig weltfremd. Es geht in der Kulturpolitik nicht nur um Aufgabentrennung, sondern in vielen Fällen auch um *Aufgabenteilung*. Aufgabenteilung kann hier wie dort sowohl die Abgrenzung von Handlungsebenen bedeuten, wie auch die Feststellung gemeinsamer Verantwortung. Und hier sehe ich den Verfassungsgrundsatz der Subsidiarität nicht in minderem Rang als den des Föderalismus – auch und gerade im Bereich der Kulturpolitik. Dieser Aspekt muss auch Geltung haben in der durchaus richtigen Debatte der Entflechtung. Die Entflechtungsbestrebungen dürfen aber kein Dogma sein, das sich über alle Erfahrungen und sachliche Plausibilität als höherer Wert hinwegsetzt. Kurz gesagt: ein Bund, der auch Kultur fördert, ist besser, als einer der dies nicht tut – ich glaube, die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker sind sich da grundsätzlich einig.

Ich sage das ausdrücklich nicht allein aus der Perspektive eines Bundeslandes. Erfahrung und Praxis zeigen, dass gedeihliche Austarierung von Interessen und Möglichkeiten zwischen verschiedenen kulturpolitischen Handlungsebenen möglich sind. Hier hat Brandenburg möglicherweise einen gewissen Erfahrungsvorsprung beim kooperativen Handeln verschiedener Entscheidungsträger.

Auch dazu Beispiele aus dem kulturpolitischen Alltag im Land Brandenburg.

Das Land Brandenburg ist hoch verschuldet und diese Schulden sollen und müssen abgebaut werden. Dazu trägt seit Jahren auch die Kulturpolitik bei. Es wäre ein Leichtes, wenn das Land sich nur schnell mal der Lasten an die Kommunen entledigte. Es hätte jedoch nichts mit Sparsamkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortung, den eingangs zitierten Preußischen Tugenden, zu tun. Denn die Kommunen sehen sich nicht hinreichend in der Lage, einen solchen Schritt aufzufangen. Und dies wäre auch nicht ihre Aufgabe. Also versuchen wir, zuerst die kommunale Selbstverwaltung durch die Unterstützung kommunaler Kulturentwicklungspläne zu stärken. Im zweiten Schritt sind wir gegenwärtig dabei, die Leistungen des Landes im Gespräch mit den Kommunen und unter Berücksichtigung ihrer und unserer Argumente neu zu sortieren. Also nicht: das Land macht alleine seines und die Kommunen alleine ihres, sondern "*suum cuique*" – jedem nach seinem Maß. Diese Art des Umgangs miteinander, eine aktive und kooperative Kulturpolitik, die Eigenes, Fremdes aber eben auch Gemeinsames kennt, würde ich auch zwischen den Ländern und mit dem Bund bevorzugen.

Daher sehe ich der Nationalen Kulturstiftung des Bundes und der Länder gespannt entgegen. Ich meine, dass nicht nur der Bund, sondern auch Brandenburg von einer solchen Einrichtung einen unmittelbar eigenen Nutzen hätte. Die Initiative des Bundes zum Blaubuch scheint mir ein ähnlicher Schritt zu sein. Denn es geht hier zunächst einmal um Argumente und ein Abwägen, bevor Aufgaben und Leistungen neu geordnet werden. Und dieser Schritt geht ja

richtigerweise auch auf die alten Länder zu. Diese Herausforderung sollten wir alle nutzen – ohne Angst und ohne Ressenti-ments, sondern mit rationalem Pragmatismus.

Ich fasse zusammen

- Eine weltoffene Kunst, eine lebendige Kultur und ein zugängliches kulturelles Erbe sind wesentliche Grundlagen für die Freiheit, Selbstbestimmung und Identität der Bürger.
- Die Bewahrung dieser Voraussetzungen und die Unterstützung der Bürger bei ihrer Weiterentwicklung ist eine herausragende Aufgabe für den Staat, die Bundesländer und die Kommunen. Private und wirtschaftliche Initiativen sollten künftig verstärkt daran mitwirken.
- In der kooperativen Ausfüllung von Föderalismus und Subsidiarität besteht die Chance, dem Auftrag und dem Ziel einer Kulturnation in moderner Weise gerecht zu werden. Der nach wie vor gültige Einigungsvertrag verpflichtet schließlich ausdrücklich Bund, Länder und Kommunen zu einer besonderen Anstrengung. Und wenn der Bund sein Engagement für national bedeutsame Kulturgüter verstärkt, wird dies zu einer Entlastung der Länder führen. Dies würde im übrigen auch einen geeigneten Lösungsansatz für das Winckelmann-Museum und die es tragende Gesellschaft darstellen.
- Eine solche neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern würde den Ländern ermöglichen, ihre eigenen Aufgaben weitergehend zu erfüllen. Darüber hinaus sollte je doch den neuen Ländern zusätzliche finanzielle Hilfe insbesondere für Investitionen angeboten werden.
- Die neue Aufgabenverteilung würde auch die Kommunen entlasten, die sich eine Vielzahl von Aufgaben mit den Ländern teilen. Zusätzlich sollten den Kommunen im Rahmen des Finanzausgleiches mehr frei verfügbare Mittel zur Selbstverwaltung bereitgestellt werden. Damit korrelierend ist eine Senkung des Umfanges und der Kosten der Pflichtaufgaben notwendig.

Ich denke, meine Analysen haben an vielen Stellen durchaus bekannt geklungen und liefern vielleicht einige Anregungen auch für dieses Land.